

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

91 (8.10.1946)



BADISCHE FESTE NACHRICHTEN



Verlag: Badendruck GmbH. 1. Jahrgang Karlsruhe, Dienstag, 8. Oktober 1946 Nummer 91

Die Beschlüsse der Interzonen-Konferenz

Vorschlag eines deutschen Länder- und Volksrates — Angleichung der Entnazifizierungsmethoden — Sofortmaßnahmen auf dem Gebiet gewerblicher Wirtschaft

Bremen, 7. Okt. (dona) Die Interzonenkonferenz in Bremen beschloß, eine Resolution an den Alliierten Kontrollrat zu richten, die den Vorschlag zur Gründung eines deutschen Länder- und Volksrates enthält.

Schließlich wurde die Einsetzung eines Ausschusses, der die Angleichungsmöglichkeiten der Entnazifizierungsmethoden in der US- und britischen Zone prüfen soll, beschlossen. Der Ausschuß soll unter Leitung des Generalsekretärs des Länderrates der US-Zone, Erich Rossmann, stehen.

Die Interzonenkonferenz der Chefs der Länder faßte am Samstag eine Entscheidung über umfassende und einschneidende Sofortmaßnahmen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft.

Unternehmer-Initiative dem Weg über alle Zonen Grenzen zu öffnen.

Die neuen Zwei-Zonen-Rationen

1550 Kalorien für Normalverbraucher

Berlin, 7. Okt. (dona) Die neuen Rationssätze für die britische und amerikanische Zone Deutschlands sind auf der 3. Sitzung des Zwei-Zonen-Ernährungs- und Landwirtschaftsausschusses, die am Freitag im Büro der amerikanischen Militärregierung in Berlin stattfand, festgelegt worden.

Nachfolgend eine Aufstellung der Rationssätze in Kalorienwerte pro Person und Tag, wie sie vom gemeinsamen Ernährungsausschuß für die 94. Zeitspanne festgelegt worden sind.

Verbraucher 0-1 Jahr, amerikanische Zone: 1100 Kalorien, britische Zone: 1108 Kalorien.

Die Absage der Vertreter aus der sowjetischen Besatzungszone, die zur Teilnahme an der hiesigen Interzonenkonferenz eingezogen war, erfolgte, wie der Präsident des Bremer Senats, Wilhelm Kaiser, mitteilt, wegen der starken Beschäftigung der Länderchefs mit den Vorbereitungen zu den Landtagswahlen in der sowjetischen Zone und zu den Wahlen in Berlin.

Pariser Konferenz am 15. Oktober beendet

Italienische Gesamtrepensationen 325 Mill. Dollar — Großbritannien verzichtet auf Ersatzleistungen Italiens — Kompromißvorschlag Tschechoslowakei — Ungarn angenommen — Festsitzung finnischer und bulgarischer Zahlungen

Paris, 7. Okt. (dona) Am Donnerstag tagten in Paris der Wirtschaftsausschuß für den Balkan, der Militärausschuß, der Wirtschaftsausschuß für Italien und der politische und territoriale Ausschuß für Italien.

In der Donnerstagsitzung wurde ein Artikel des Vertragsvertrages angenommen, nach dem Ungarn 300 Mill. Dollar an die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und Jugoslawien als Reparationszahlungen zu leisten hat.

Nachdem die Ausschüsse ihre Diskussionen am Samstag beendet hatten, trat die Pariser Konferenz am Sonntag Abend unter Vorsitz des britischen Außenministers Bevin zu einer Vollversammlung zusammen, um die Geschäftsordnung für die kommenden Vollversammlungen festzusetzen.

Die beiden Außenminister Bevin und Byrnes trafen sich am Freitag in Paris im Hotel der amerikanischen Delegation zu einer Besprechung.

Debatten um die Nürnberger Urteile

Gnadengesuche der Verurteilten — Allgemeiner Protest gegen die Freisprechung Papens, Schachts und Fritsches

Nürnberg, 7. Okt. (dona) Folgende vom Nürnberger Gerichtshof zum Tode Verurteilten haben Gnadengesuche eingereicht: Franz Streicher, Erik Rosenberger, Jodl, Göring, Seif-Inquart, Ribbentrop, Sandel, Keitel, von Neurath, Dönk, Raeder, Funk und der Verteidiger von Bormann reichte ebenfalls ein Gnadengesuch ein.

Der griechische Ministerpräsident Konstantin Tsaldaris ist zusammen mit einer starken Abordnung darunter mehrerer maßgebender Politiker der griechischen Oppositionsparteien, am Freitag in Paris eingetroffen.

Die beiden Außenminister Bevin und Byrnes trafen sich am Freitag in Paris im Hotel der amerikanischen Delegation zu einer Besprechung.

Die Verhandlungen vor dem internationalen Militärgericht haben viel Belastungsmaterial ergeben, daß bei einem Sprudikammerverfahren die Einreichung in die Gruppe der Hauptschuldigen und Festsetzung einer schweren Strafe zu erwarten ist.

Die Freigelassenen gelten als Hauptschuldige

München, 7. Okt. (dona) Eine Prüfung der Rechtmäßigkeit der Nürnberger Freisprüche durch das bayerische Staatsministerium für Sonderaufgaben ergrah das Schacht, Papan und Fritsche von dem Befreiungsgesetz vom 5. März 1946 betroffen werden.

Die Freigelassenen gelten als Hauptschuldige. Die Verhandlungen vor dem internationalen Militärgericht haben viel Belastungsmaterial ergeben, daß bei einem Sprudikammerverfahren die Einreichung in die Gruppe der Hauptschuldigen und Festsetzung einer schweren Strafe zu erwarten ist.

Der griechische Ministerpräsident Konstantin Tsaldaris ist zusammen mit einer starken Abordnung darunter mehrerer maßgebender Politiker der griechischen Oppositionsparteien, am Freitag in Paris eingetroffen.

Die beiden Außenminister Bevin und Byrnes trafen sich am Freitag in Paris im Hotel der amerikanischen Delegation zu einer Besprechung.

Die Verhandlungen vor dem internationalen Militärgericht haben viel Belastungsmaterial ergeben, daß bei einem Sprudikammerverfahren die Einreichung in die Gruppe der Hauptschuldigen und Festsetzung einer schweren Strafe zu erwarten ist.

Einigung Tschechoslowakei — Ungarn

Das in der letzten Sitzung vorgebrachte Kompromißvorschlag über den Austausch von Minderheiten in der Tschechoslowakei und Ungarn, sowie von dem Unterstaatssekretär eingereicht Kompromißvorschlag über die tschechoslowakische Forderung auf Überlassung eines Gebietes am Südrand der Donau wurden von dem Ausschuß angenommen.

Die Freigelassenen gelten als Hauptschuldige. Die Verhandlungen vor dem internationalen Militärgericht haben viel Belastungsmaterial ergeben, daß bei einem Sprudikammerverfahren die Einreichung in die Gruppe der Hauptschuldigen und Festsetzung einer schweren Strafe zu erwarten ist.

Die Freigelassenen gelten als Hauptschuldige. Die Verhandlungen vor dem internationalen Militärgericht haben viel Belastungsmaterial ergeben, daß bei einem Sprudikammerverfahren die Einreichung in die Gruppe der Hauptschuldigen und Festsetzung einer schweren Strafe zu erwarten ist.

Die Freigelassenen gelten als Hauptschuldige. Die Verhandlungen vor dem internationalen Militärgericht haben viel Belastungsmaterial ergeben, daß bei einem Sprudikammerverfahren die Einreichung in die Gruppe der Hauptschuldigen und Festsetzung einer schweren Strafe zu erwarten ist.

Die Freigelassenen gelten als Hauptschuldige. Die Verhandlungen vor dem internationalen Militärgericht haben viel Belastungsmaterial ergeben, daß bei einem Sprudikammerverfahren die Einreichung in die Gruppe der Hauptschuldigen und Festsetzung einer schweren Strafe zu erwarten ist.

Aus aller Welt

Washington. Das Kapital des internationalen Währungsfonds ist durch die Aufnahme der vier Länder Italien, Türkei, Syrien und Libanon sowie durch die Erhöhung der Kapitalanteile der beiden Mitgliedstaaten Frankreich und Paraguay auf 7,7 Milliarden Dollar gestiegen.

Letzte Neuigkeiten

Bremen, 8. Okt. (dona) Mit elfhundert Tonnen Lebensmittel für Deutschland traf am Samstag nachmittag der amerikanische Frachter 'John Mitchell' im Bremer Uferhafen ein.

SPD-Zonentag

Gandersheim, 7. Okt. (dona) Die SPD hält hier am 15. und 16. Oktober eine kommunalpolitische Tagung für die drei Westzonen ab.

Sonderspruchkammer für die Freigesprochenen

Nürnberg, 7. Okt. (dona) Das Verfahren gegen Franz von Pappen, Dr. Hjalmar Schacht und Hans Fritzsche ist gemäß Artikel 29 des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom Hauptankläger der Nürnberger Sprudikammer eingeleitet worden.

Die Freigelassenen gelten als Hauptschuldige

München, 7. Okt. (dona) Eine Prüfung der Rechtmäßigkeit der Nürnberger Freisprüche durch das bayerische Staatsministerium für Sonderaufgaben ergrah das Schacht, Papan und Fritsche von dem Befreiungsgesetz vom 5. März 1946 betroffen werden.

Donau-Konferenz in Wien geplant

New York, 7. Okt. (dona) Der Wirtschafts- und Sozialrat der UN nahm in seiner Donnerstagsitzung nach einer erregten Debatte den Vorschlag der USA an, wonach noch vor dem 1. November eine Konferenz in Wien zur Regelung der Schifffahrt auf der Donau einberufen werden soll.

Donau-Konferenz in Wien geplant

New York, 7. Okt. (dona) Der Wirtschafts- und Sozialrat der UN nahm in seiner Donnerstagsitzung nach einer erregten Debatte den Vorschlag der USA an, wonach noch vor dem 1. November eine Konferenz in Wien zur Regelung der Schifffahrt auf der Donau einberufen werden soll.

Donau-Konferenz in Wien geplant

New York, 7. Okt. (dona) Der Wirtschafts- und Sozialrat der UN nahm in seiner Donnerstagsitzung nach einer erregten Debatte den Vorschlag der USA an, wonach noch vor dem 1. November eine Konferenz in Wien zur Regelung der Schifffahrt auf der Donau einberufen werden soll.

Donau-Konferenz in Wien geplant

New York, 7. Okt. (dona) Der Wirtschafts- und Sozialrat der UN nahm in seiner Donnerstagsitzung nach einer erregten Debatte den Vorschlag der USA an, wonach noch vor dem 1. November eine Konferenz in Wien zur Regelung der Schifffahrt auf der Donau einberufen werden soll.

Donau-Konferenz in Wien geplant

New York, 7. Okt. (dona) Der Wirtschafts- und Sozialrat der UN nahm in seiner Donnerstagsitzung nach einer erregten Debatte den Vorschlag der USA an, wonach noch vor dem 1. November eine Konferenz in Wien zur Regelung der Schifffahrt auf der Donau einberufen werden soll.

Donau-Konferenz in Wien geplant

New York, 7. Okt. (dona) Der Wirtschafts- und Sozialrat der UN nahm in seiner Donnerstagsitzung nach einer erregten Debatte den Vorschlag der USA an, wonach noch vor dem 1. November eine Konferenz in Wien zur Regelung der Schifffahrt auf der Donau einberufen werden soll.

Donau-Konferenz in Wien geplant

New York, 7. Okt. (dona) Der Wirtschafts- und Sozialrat der UN nahm in seiner Donnerstagsitzung nach einer erregten Debatte den Vorschlag der USA an, wonach noch vor dem 1. November eine Konferenz in Wien zur Regelung der Schifffahrt auf der Donau einberufen werden soll.



Heimkehrende deutsche Kriegsgelangene aus England bei ihrer Ankunft in Cuxhaven, (dona-Beitrag)

Nicht Kalorien nur...

Von Gustav Ferber

Je länger der menschliche Körper der ausreichenden Fett- und Eiweißzufuhr entbehrt, desto weniger lassen sich schwere gesundheitliche Schäden durch rasche Kalorienzufuhr verhindern oder wieder zu machen. Da es nun schon über zehn Jahre her ist, daß Göring nach dem Satz „Kanonen statt Butter“ die Einfuhr hochwertiger Nahrungsmittel und Futtermittel zu drosseln begann, bekommt diese Frage in Deutschland jetzt eine geradezu lebenswichtige Aktualität.

Wie der bekannte Göttinger Physiologe, Prof. Dr. F. H. Reim, sagt, ist es von wachsender Wichtigkeit, neben der Zufuhr von ausreichenden Nahrungsmengen auf eine richtige Qualität der Nahrung zu achten. Er zingt dabei von den Richtlinien aus, die der Völkerbund im Jahre 1935 veröffentlicht hat, und die besagen, daß als Mindestmenge für einen erwachsenen gesunden Menschen ohne besondere berufliche Belastung täglich 2400 Kalorien anzusetzen sind, die sich für mittlere, körperliche Arbeit noch um 75-150 Kalorien pro Arbeitsstunde erhöhen. Dabei ist aber, nach eben diesen Richtlinien des Völkerbundes, in qualitativer Beziehung ein tägliches Minimum von 1 gr Eiweiß pro kg Körpergewicht notwendig.

Prof. Reim hat dazu nach den Ergebnissen neuester Forschungen ermitteln lassen, daß ein Minimum von 40-60 gr täglich enthalten sein muß, wobei die Fette aus pflanzlichen Ölen, Butter und Tran als besonders wertvoll gelten. Er zieht daraus die Konsequenz, daß es grundsätzlich ist, Nahrungsmittel wie Fleisch, Fett, Eier usw. nur unter dem Gesichtspunkt ihres Kalorienwertes zu betrachten. Gerade diese falsche Ansicht führte schon vor dem Kriege zu einem Abbau der Fleisch-, Milch- und Eierproduktion, weil man errechnete, daß dieses volkswirtschaftlich zukunftslos war, weil die Aufwände für die Produktion von Fleisch, Milch und Eiern so groß waren, wie die Erträge. So ist beispielsweise die Verwendung der Kartoffel immer mehr zur menschlichen Ernährung verlagert worden, was man errechnete, daß dem Volkswirtschaftlichen zuträglich war, wenn er die Kartoffeln selbst verzehrt, statt sie über den Umweg des Schweinefleisches als Speck oder Fleischmehl zu sich zu nehmen. Dieser Umweg, so sagte man, verschlinge zu viel Kalorien, sei also ein Luxus, volkswirtschaftlich unrentabel usw. Die Wissenschaft hat indessen eindeutig geklärt, daß mit dieser reinen Kalorienrechnung der menschliche Körper auf die Dauer schwere Schäden erleidet, die zum Teil auch mit großem Aufwand an späteren nicht mehr zu kompensieren sind.

Es ist interessant, daß der neue verantwortliche Leiter der Ernährungspolitik in der britischen und amerikanischen Zone, Dr. Dietrich, sofort nach der Übernahme seines Amtes gerade dieses Problem unserer Nahrungswirtschaft in einem engeren Kreis von Pressevertretern, wozu er die Hauptprobleme der deutschen Ernährungs- und Außenhandelspolitik in der Zukunft bezeichnete. Er tat es zu dem Zeitpunkt, da durch die Erhöhung der Kalorien-Rationen in den beiden Zonen auf täglich 1550 ein erster beachtlicher Erfolg der gemeinsamen Zonenpolitik sichtbar geworden ist, und er ist der Absicht, mit besonderem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß auch er diese Ernährung weder in ihrer Menge, vor allem aber in ihrer Zusammensetzung für irgendwem ausreichend hält.

Dr. Dietrich ist sich klar darüber, daß die neuesten Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung, die ja nicht nur in Laboratorien sichtbar werden, sondern in allen deutschen Städten als Unterernährung in Krankheits- und Sterbeziffern traurige Gestalt annehmen, zu grundsätzlichen Überlegungen zwingen, wie die deutsche Landwirtschaft möglichst rasch zu einer höheren Produktion erweckt und fetthaltiger Nahrungsmittel finden kann, vor allem aber wie Deutschland sich auf dem Ernährungssektor in die kommende Weltwirtschaft wieder einschalten müssen, um einen möglichst hohen Nutzeffekt für seine Volksernährung daraus zu ziehen.

Es ist unbestreitbar, daß Deutschland, sobald sich die Weltwirtschaft wieder in einer Freiheit entwickeln wird, als einer der wichtigsten Käufer für landwirtschaftliche Produkte am Weltmarkt auftreten wird. Die amerikanische und britische Zone haben zusammen schon eine Bevölkerung etwa von der Größe des französischen Volkes. Sie können ihre Nahrungsmittel nur zu einem geringen Teil aus dem eigenen Boden ziehen und müssen einen in dieser Höhe in Deutschland noch nicht erlebten Prozentsatz der Nahrung aus dem Ausland einführen, also massen Exportieren erkaufen.

Nun ist es eine Tatsache, daß die Fettrolle nicht eine auf Deutschland beschränkte Erscheinung ist, wenn sich Deutschland mit der nationalsozialistischen Rüstungspolitik ihr freiwillig zuerst ausgliedert hat. Man schätzt, daß der Mangel an Fett, der zu einem großen Teil aus der Abkapselung der ostasiatischen Überseebereiche während des japanischen Krieges entstanden ist, in der gesamten Weltbilanz erst nach etwa 2 Jahren wieder überwunden werden können. Er kann zwar durch die Wiederaufnahme des Walfanges in der Antarktis und für Deutschland auch durch den verstärkten Ausbau von Oelfrachten gemildert, aber nicht restlos beseitigt werden. Der Ausbau von Oelfrachten ist außerordentlich klimasensibel und bedeutet in allen nicht ausserpolarischen Lagen ein Risiko, das wir uns im Augenblick in großem Umfange nicht leisten können. Das Eiweißproblem ist eng damit verknüpft.

Eine ideale Lösung würde wahrscheinlich die großzügige Einfuhr von Soja bringen können, das früher vorwiegend aus der Mandchurei geliefert wurde. Sie könnte die Wiedererlangung der Schweinemast in großem Maße auf rentabler Basis in Deutschland selbst ermöglichen und damit auch das Eiweißproblem stark erleichtern.

Die Problematik unserer Ernährungsstellung wird also in Zukunft zu ganz neuen Fragestellungen zwingen. Ist es zweckmäßiger und volkswirtschaftlich billiger, sich nunmehr etwa 500.000 Tonne Getreide, beispielsweise eine Tonne Weizen aus USA, zu einem Preis von 100 Mark zu kaufen, oder eine Tonne Soja in Ostasien zum Preise von vielleicht 400 Mark? Oder wie weit sinkt der Kalorienbedarf, wenn wir die Fett- und Eiweißzufuhr auf ein bestimmte Höhe bringen können, und was ist dann volkswirtschaftlich zweckmäßiger und zugleich volksgesundheitlich richtiger: Fett oder Kalorien?

Von Berechnungen solcher Art, meint Dr. Dietrich, wird unser zukünftiges Auftreten am Weltmarkt abhängen. Es ist jetzt schon höchste Zeit, sich mit diesen Berechnungen ernsthaft zu befassen.

Für Abschaffung der Isolations-Doktrin
Winston Churchill
vor der Konservativen Partei Englands

Blackpool, 7. Okt. (dona-Reuter) „Die Regierung wie die Opposition, die Sozialisten, die Konservativen und die Liberalen sind vereint gegen die Kommunisten und die Kommunistische Partei“, erklärte Winston Churchill am Samstag in einer Rede vor einer Massenversammlung der Konferenz der Konservativen Partei.

„Wir sind gegenwärtig nicht, wie einige unserer Nachbarn auf dem Kontinent, in grundlegende Diskussionen über unsere Verfassung verwickelt“, führte Churchill weiter aus. Die Feindschaft der Sozialisten gegenüber dem Kommunismus habe, wenn sie in diesem Lande gegenwärtig auch nicht von großer Bedeutung sei, einen bedeutsamen und heilsamen Einfluß im Ausland. Außerdem bestünde ein beträchtliches Maß an Uebereinstimmung über die Hauptlinien der Außenpolitik, vor allem über die enge Verbindung Großbritannien mit den USA, deren feste und unveränderliche Europa-Politik und Abschaffung der Isolations-Doktrin das Hauptbollwerk des Friedens der Welt darstellten.

„Wir würden es ebenso begrüßen, unsere während des Krieges bestehende Freundschaft mit dem

Dr. Köhler zum Nürnberger Urteil

Fortsetzung von Seite 1

Auf einer Tagung der CDU machte Landespräsident Dr. Köhler u. a. folgende Ausführungen:

„Das Schuldige wurde in seiner Härte überall als gerecht empfunden und anerkannt. Weniger Verständnis finden schon Milderungen, wie sie z. B. dem ehemaligen Jugendführer v. Schirach gegenüber zum Ausdruck kommen. Unter Schirachs Leitung erfolgte die systematische Verfolgung der deutschen Jugend, die noch in Jahrzehnten nachwirken wird und ein schweres politisches wie weltanschauliches Problem darstellt. Hunderttausende der verführten jungen Männer liegen jetzt beschäftigungslos auf der Straße und müssen die Urteile der Spruchkammer abwarten, die sie in die neue Gemeinschaft einbeziehen werden können — alles Opfer der Feindschaft von Papens und Schirachs, die ich vollends bei meiner Rundfrage für die Freisprüche gefunden, insbesondere auch bei den Stillen und Nachdenklichen im Lande. Daß die Freisprüche keine Kriegsverbrechen seien, will dem Mann von der Straße nicht in den Kopf. Besonders der Feinspruch von Papens wird allgemein abgelehnt. Denn er ist doch eigentlich 1932 der Wechreiter Hitlers gewesen, er hat ihn schließlich bei Hindenburg „hoffähig“ gemacht und ihn mit dem Großkanzler usw. verbunden.“

Im Juni 1932 hat ihn der damalige Führer seiner Partei bereits mit „Ephialtes“, dem klassischen Vertreter gemäßigten Vorgesetzten verkleidet und ihm dieses Wort im Gesicht geschleudert. Und Papen hat sich wahrhaftig bemüht, sich diese Charakterisierung erkaufen zu erwerben. Für das deutsche Volk ist er zum Typ des Verräters geworden. Und deshalb die leidenschaftliche Ablehnung gerade seines Feinspruchs. Der Mann aus dem Volk denkt unkompliziert. Für ihn ist Papen einer der größten Kriegsverbrecher und deshalb verurteilt er das Urteil nicht. Er wird zu sagen sein, daß die deutschen Gerichte die Schuldigen, so hoffen und verlangen wir, schnell und streng zur Rechenschaft ziehen werden wegen der Verbrechen, die sie außerhalb des Rahmens des Nürnberger Status am deutschen Volk begangen haben. Dies gilt nicht nur für Papen, sondern auch für den verlogenen, salbungsvollen Schwärzer Fritzsche und andere.“

Zu Schluß Redner auf die unsinnigen Gerichte ein, daß der Papst sich für die Freisprüche von Papens verwandt habe. Diese Unterstellungen als eine Verleumdung sowohl der Richter des Internationalen Militärgerichts als auch des Papstes auf Eizernische zurückweisend.

Landesversammlung Württemberg-Baden gegen Freisprechung

Stuttgart, 7. Okt. (dona) Der Ständige Ausschuss der Verfassungsgebenden Landesversammlung für Württemberg-Baden hat am Samstag in der Sitzung der Presseöffentlichkeit gegenüber der Richtlinie Nr. 2 der Freisprüche v. Papens, Schirachs und Fritsches Ausdruck. Er nimmt als selbstverständlich an, daß sofort die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden, um diese Personen wegen ihrer Verbrechen am deutschen Volk zur Verantwortung zu ziehen.

General McClure veröffentlicht neue Richtlinien für das Nachrichtenwesen

Berlin, 7. Okt. (dona) Die Veröffentlichung jeder Art durch Presse und Rundfunk, sofern es sich nicht um Nazi- oder militärische Propaganda, Angriffe gegen die Militärregierung oder um Nachrichten handelt, die dahinsühren, die Einzigkeit unter den Besatzungsmächten zu untergraben, ist durch eine Anweisung der amerikanischen Informationskontrolle in Nachrichtenwesen freigegeben worden. Ferner können Presse und Rundfunk von nun an nichtdeutsche Zeitungen, Zeitschriften und Radiostationen unter Beachtung des Urheberrechts zitieren.

Die Erklärung McClures
General McClure erklärte anläßlich der Bekanntmachung der neuen Anweisungen, daß sie einen bedeutenden Fortschritt in der Schaffung der Pressefreiheit gegenüber der Richtlinie Nr. 2 bedeute, in der die Veröffentlichung von Material verboten war, das dem Interesse der Militärregierung oder einer der Ver. Nationen zuwiderlaufe. Nach den neuen Richtlinien darf die deutsche Presse Nachrichten und Tatsachenberichte über Weltereignisse genau so frei wie die Presse anderer Nationen bringen. Das Verbot der Veröffentlichung von nazistischer und militaristischer Propaganda und gehässig gefärbter Artikel schließt nicht die Veröffentlichung von Nachrichten, die auf Tatsachen beruhen, aus.

Die offene und freie Diskussion über deutsche politische Vorfälle und Persönlichkeiten in der deutschen Presse wird erlaubt und gefördert werden. Zuzulässig und erwünscht sind in der deutschen Presse objektive Kommentare und kritische Diskussionen über deutsche Angelegenheiten, ebenso wie die Veröffentlichung von objektiven und fairen Berichten über Weltereignisse einschl. informativer Artikel von der ausländischen Presse.

Gleichzeitig stellt McClure fest, daß tendenziöse Überschriften, Nachrichten, die nur die Hälfte der Tatsachen bringen und die andere Hälfte unterdrücken, oder die Unterlassung einer schärferen Kennzeichnung von objektiver Nachricht und Kommentar sehr wohl einen gehässig gefärbten Artikel ausmachen.

Der dana-Bericht, der nie geschrieben wurde

daia v di ah r
to trial desk, bad naheim
from czapski
r reas
ht — Hitler-Verhör
Nürnberg, Sept. 13/1330 — (dona) Sonderberichtstraterrin Busanck hat als Mitglied der Partei und habe erst hier von der Verfolgung der Juden erfahren“, erklärte der in der Dienstagsmorgensitzung des internationalen Militärtribunals als Zeuge aufgetretene, ehemalige Reichskanzler des „dritten Reiches“ Adolf Hitler.

Die Einnahme Hitlers war ein dramatischer Höhepunkt des Prozesses. Bei Beginn der heutigen Verhandlung beantragte Dr. Alfred Seidl, der Verteidiger des Angeklagten Heß, einen weiteren Entlassungszeugen für seinen Mandanten vorladen zu dürfen. Nach kurzer Beratung gab das Tribunal dem Antrag Dr. Seidls statt und der Zeuge Hitler, in einem hellen Trencotto gekleidet, betrat den Zeuchstand.

Auf Befragen des Verteidigers erklärte Hitler, daß er stets „innere Bedenken“ gehabt habe, sich zum Führer des Deutschen Reiches zu machen. „Ich sei jedoch, sagte Hitler, von der Vorstandschaft gezwungen worden. Er habe mehrfach versucht, zurückzutreten, habe sich damit jedoch nicht durchsetzen können. Tatsächlich, fuhr der Zeuge fort, habe er seine Resignation nicht ausgesprochen, sondern sei lediglich ein Werkzeug Hitlers gewesen, dessen „Kommandobefehl“, der „Nacht- und Nebelerlaß“, sowie andere „Führererlasse“ seien eigentlich von Martin Bormann verfaßt worden.

Der Zeuge gab weiter an, die Anführung Deutschlands sei ohne sein Wissen auf Grund dunkler Machenschaften des englischen Geheimdienstes betrieben worden. Auch von dem Raub europäischer Kunstschätze habe er nie etwas erfahren. Wehl habe ich zu verschiedenen Gelegenheiten Kunstschätze als Geschenk erhalten“, behauptete Hitler. „Ich war jedoch stets der Ansicht, es handle sich um Imitationen und habe außerdem den vollen Gegenwert der mir übergebenen Kunstschätze auf einem geheimen Bankkonto in einer zehneben Bank unter dem Namen „Eva“ deponiert.“

Im Kreuzverhör durch den Sowjetkanzler General Roman Rudenko erklärte Hitler, er habe von der Existenz der Konzentrationslager bis zu seinem Eintreffen in Nürnberg nicht gewußt. Rudenko: „War Ihnen das Anwesenheitsprogramm gegen die Juden nicht bekannt?“ Hitler: „Nein. Ich habe erst gegen Ende des Krieges durch einen Zufall von einigen Übergriffen erfahren und habe sofort dem Angeklagten Hermann Göring, der für die Errichtung der KZ's verantwortlich ist, zum Tode verurteilt.“ Rudenko: „Haben Sie niemals von der Existenz der Konzentrationslager gehört?“ Hitler: „Mir war nur das Lager Dachau bekannt, von dem mir der Angeklagte Kaltenbrunner einmal erzählte, es handle sich da um ein Altersheim für pensionierte israelitische Bundespräsidenten. Allerdings habe ich auf Grund verschiedener Nachrichten in der New Yorker jüdischen Zeitung „Vorwärts“ die Befürchtung gehabt, es käme vereinzelt zu spontanen antisemitischen Ausschreitungen im deutschen Volk. Ich schau daher die Gestapo. Diese hat in erbittertem Kampf gegen Wehrmacht und SS einen Teil der jüdischen Bevölkerung retten können.“ Rudenko: „Haben Sie, Herr Zeuge, zur Rettung von Juden beigetragen?“ Hitler: „Selbstverständlich, auf Grund meiner Bemühungen sind seit der Machtergreifung mindestens zweimal hunderttausend Juden nach Amerika, Australien, Palästina und anderen Ländern ausgewandert.“ Ueber weitere Befragungen des sowjetischen Anklägers wiederholte Hitler, daß er seine Bedenken gegen die Politik der Partei nie offen äußern konnte, da er sonst mit dem Verlust seiner Stellung hätte rechnen müssen. Rudenko: „Waren Sie Mitglied der Partei seit?“ Hitler (erregt): „Ich hatte nur die Parteinummer sieben, ich war damals gezwungen worden der Partei beizutreten.“ Rudenko: „Ich habe hier ein in den Archiven der Reichsregierung vorhandenes Protokoll über eine Sitzung unter Ihrer Leitung vom 12. Juli.“ (Hier wird der Zeuge Hitler sichtlich nervös und kaut heftig an einem Stück Tensch, das ihm anstelle des sonst üblichen Glases Wasser in den Zeuchstand gegeben wurde.) Hitler: „Ich muß dem hohen Gericht ein Geständnis machen. Ich habe Anfang der letzten Grundbewegung in die Partei eingetreten, um sie von innen zu unterthöhlen. Ich habe heimlich stets

Das freie Wort

Herr Franz Zilly, Söllingen, schreibt zu dem Erklärungsbericht der SPD Söllingen Nr. 90 u. a. „Wer meine Antwort in Nr. 80 der „B.N.N.“ vom 12. 9. 1946 gelesen hat, und sich noch ein Gefallen an der Wahrheit, Anstand und Recht bewahrt hat, wird Zeit seines Lebens nicht damit zufrieden sein, wenn er sich nicht heute noch etwas hinzufügen kann.“

Am 10. 9. 1946 brachten die „B.N.N.“ das erste Mal „Den unmöglichen Bürgermeister“. (Zusätzlich der SPD. Die Schriftleitung.) Ich hatte meine Rücktritt aber schon 4 Wochen vorher dem Landratsamt angeboten und begründet. Der Landrat forderte nun, daß der Gemeinderat durch eine schriftliche Einverständniserklärung mit meinem Rücktritt bestätigte. Aber siehe da, nicht ein Gemeinderat unterzeichnet, auch nicht der Artikeldirektor. Ich stimme etwas nicht, denn ich habe mich seitdem nicht gewandelt. Wenn ich nun nicht hin, warum hat man die Gelegenheit nicht benützt, mich ein so einfache und annehme Art los zu werden? Wenn die Behauptung vom unmöglichen Bürgermeister ernst gemeint ist, warum hat man mich nicht unterzeichnet? Man will mir die Freisprüche Wahlen einbringen, man will mir die CDU Freisprüche als ihren Bürgermeister. Er geht in die Opposition viel besser, alle Schuld und Mißfolge der anderen in die Schuhe zu schieben. Andere Organe haben auch ihre Schwierigkeiten, aber sie werden nicht in die Kritik gezogen. Oh CDU, SPD, alle halten ihre Heimatort in Ehren und bringen ihn nicht nach außen hin in Mißkredit. Einem Gegner, der sachlich und zitterlich seine Meinungen vertritt, hätte ich Achtung entgegenbringen können und mit ihm gearbeitet. Ich hätte mich nicht in die Kritik ziehen lassen, sondern ich hätte schreiben und Opposition um jeden Preis treiben, ich nicht mehr arbeiten und trete zurück. Vielleicht würde dann besser, Flüchtlinge bekommen wir in jetzt nur noch 20 Personen. Die Hausarbeit ist in dieser Zeit zu tun. Ich habe keine Zeit, um in diesen Artikel mich zu beteiligen. Mein Freund kann mich und die anderen können die Artikel nach ihrem Gehalt beurteilen.“

Stimme der Parteien

Am Ziel vorbeigeschossen
Die Christlich-Demokratische Union hat von Anfang an zu verstehen gegeben, daß sie angesichts der außerordentlichen Not unseres Volkes gewillt ist, das Trennende zurückzustellen und mit den Vertretern anderer politischer Richtungen praktisch zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeiten bisher nicht immer leicht, zumal da und dort Radikaleinsätze weit über ihre tatsächliche Stärke und Leistungsfähigkeit hinaus ihren Einfluß auf die CDU zu bringen suchten. Der Will zu verständnisvollen Zusammenarbeiten und die gebotene Rücksichtnahme auf unsere Lage können die CDU aber nicht davon abhalten, gelegentlich klipp und klar herauszustellen, was die CDU von anderen Parteien in dieser Hinsicht unterscheidet. Die einzelnen Welt- und Lebensanschauungen sind der noch nicht ausgeräumt. Dies haben die Verfassungskonferenzen in Stuttgart erneut gezeigt. Besonderer Schärfe vertreten worden.

Der SPD Karlsruhe will es nun nicht gefallen, daß Abgeordnete der CDU ihre Eindrücke aus den Verfassungskonferenzen in Stuttgart ungeschminkt wiederlegen und feststellen, daß die SPD dort in kulturpolitischen und kirchlichen Fragen viel radikaler und ablehnender aufgetreten ist, als dies vor 1933 in Baden der Fall war. Mitunter sind die Reihen der SPD auch Anstoß an anderen Feststellungen, so an denen über die Entdrückung unseres Volkes. Die SPD ist allemal indiziert darüber, daß sich unsere Union überhaupt als christlich bekennt.

Die SPD Karlsruhe will es nun nicht gefallen, daß unseres gegenüber der SPD nun nicht finden, daß die „notwendigen Klarstellungen“ in der Verlautbarung vom 24. 9. 1946 in Nr. 85 der B.N.N. in besonders glücklicher und zutreffender Weise erfolgt ist. Mit den dort vorgetragenen Argumenten wird wesentlich am Ziel vorbeigeschossen. Vor allem werden die Feststellungen des Abg. A. Kühn in keiner Weise widerlegt.

Abg. Kühn schreibt uns dazu: „Auf Grund meiner persönlichen Erfahrungen und Wahrnehmungen kann ich nicht von meinen Außenberatern zurücknehmen. Ich war früher mehrere Perioden hindurch Stadtrat und Landtagsabgeordneter in Karlsruhe und habe dort meine Erfahrungen gesammelt. Es gab auch damals Auseinandersetzungen mit der SPD in kulturpolitischen Fragen. Es überstand die verschiedenen Auffassungen über kirchliche Angelegenheiten, aber meistens wurden diese Dinge damals in Baden weit weniger radikal und ablehnend behandelt, als dies heute in Stuttgart, vor allem im Verfassungsausschuß, der Fall war. Woran das liegen mag? Es würde hier zu weit führen, auf Einzelheiten einzugehen. Wir behalten uns vor, zu gegebener Zeit hier und an anderen Stellen ausführlicher auf die Haltung der SPD bei den Verfassungskonferenzen zurückzukommen. Material steht dafür reichlich zur Verfügung. Auch sonst wird es vom Inhalt der „notwendigen Klarstellungen“ von der CDU noch manches zu sagen sein, besonders auch in Versammlungen.“ Christlich-Demokratische Union.

Ein geschichtliches Urteil

Anekdoten aus dem Gerichtssaal
Recherchieren Philosophische. Die Presse veröffentlichte sich anlässlich der Angeklagten entlassene nachander sanft, so dem Urteilsspruch des Gerichtes verzweifelt. Die Dolmetscher fürsten sich in ihr Schicksal. Das Gericht aber wurde langsam nervös, Lordrichter Lawrence begann bereits seine unheilverkündenden Blick über den Brillenrand vorzuschieben. Wann würde sein Bleistift klopfen?

Dr. Thoma — ein einsamer Seeliger im 20. Jahrhundert — stürzt das nahehe Unheil. Und voll Ehrlicher Besozismus um das Schicksal seines Pfänders beugt er sich zu seinem Assistenten, dessen neben ihm sitzend. Stück für Stück, die philosophischen Argumente heranzuführen, hat sich er ihm und sprichd in das aufnahmehere Mikrophon geflüstert zwar, jedoch in sämtlichen Konföressen deutlich vernehmbar. Die wahrhaft geschichtlichen Worte: „Geben sie mir doch nicht dauernd dieses philosophische Treck herauf! Ich machts mich in ganz unmöglich.“

Der einzige Zuhörer, der aufmerksam und angespannt zusehnd hatte, zuckte schmerzlich zusammen: das war Rosenberg. Der einzige deutsche Journalist, der aus irrendem unterbewußten Gefühl heraus die Pressekritik nicht verstanden hatte, freute sich, ein wahrhaft geschichtliches Urteil gehört zu haben. Der Einzige aber, der den Triumph der Technik über Rosenbergs Philosophie nicht bemerkte, war der Mann selbst, der die geschichtlichen Worte gesprochen hatte. Walter Gonsch (Entnommen dem „Nürnberg Extra-Blatt“, einer Sammlung von Beiträgen deutscher Berichterstatter beim Nürnberger Prozeß)

General Clay über die Freisprüche

Berlin, 7. Okt. (dona) „Der aus allen Kreisen des deutschen Volkes kommende Protest gegen die drei Nürnberger Freisprüche war von Nutzen und ein ermutigendes Zeichen“, sagte General Clay über die Freisprüche.

Gesuch für die Verurteilten

Nürnberg, 7. Okt. (dona) Frau Emmi Göring, die Gattin des verurteilten Göring, verabschiedete sich am Montag zwischen 14.30 Uhr und 15.30 Uhr im Nürnberger Gerichtsgang von ihrem Mann. Auch die Frauen der erbraten Verurteilten haben die Erlaubnis erhalten, ihre Männer noch einmal für eine Stunde zu sehen.

Kritik am Nürnberger Urteil

Erklärung des Freien deutschen Gewerkschaftsbundes
Berlin. Die Gewerkschaften seien nicht in der Lage, die Freilassung Schachts, Fritsches und von Papens zu billigen, heißt es in einer Erklärung des Vorstandes des Freien deutschen Gewerkschaftsbundes Großberlins.

Sie zählen vielmehr zu der Gruppe der geistlichen Urheber der hitlerischen Schreckensherrschaft, die sie förderten und finanzierten. Ebenso befremde der Feinspruch der Organisationen, wie SA und OKW und die Tatsache, daß die zu Freilassung Verurteilten ihr Leben nicht verwirkt haben sollten.

Der FDGB tritt dafür ein, daß mit dem Nürnberger Urteilsspruch die Abrechnung mit den Kriegsverbrechern und Kriegsverursachern nicht abgeschlossen sein dürfe und hofft, daß die Angeklagten noch vor deutsche Gerichte gestellt werden.

SPD fordert unabhängiges deutsches Gericht gegen Kriegsverbrecher

Der Vorstand der SPD hat folgendes Schreiben an den Alliierten Kontrollrat in Berlin geschrieben: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands richtet an den Alliierten Kontrollrat in Berlin aus Anlaß der Nürnberger Urteile das Ersuchen um unabhängigen deutschen Gerichtshof einzusetzen der Urteile zu fällen hat über die gesamte politische Tätigkeit der Personen und Organisationen, durch die Hitler an die Macht gekommen und an der Macht gehalten worden ist.“

Am Beweis für Hitlers letzte Behauptung lese Dr. Seidl dem Gericht eine eidesstattliche Erklärung vor, aus der hervorgeht, daß der Zeuge Hitler in den Monaten nach Mißlingen des Putsches völlig verortet und niedergeschlagen war. Hier schaltete das Gericht die Mittagspause ein.

Verbüßung Nürnberger Gefängnisstrafen in Berlin

Berlin, 7. Okt. (dona) Die Alliierte Kommandantur in Berlin beschloß, daß die 7 in Nürnberg zu Gefängnisstrafen Verurteilten in einem Berliner Gefängnis untergebracht werden sollen.

mit lesen Männern sympathisiert, deren Verschwörung am 20. Juli 1944 unglücklicherweise durch Mummier vereitelt wurde.“ Rudenko: (Zieht einen Revolver aus der Tasche und erschießt sich.)

Die Rede des Richters letzte Behauptung lese Dr. Seidl dem Gericht eine eidesstattliche Erklärung vor, aus der hervorgeht, daß der Zeuge Hitler in den Monaten nach Mißlingen des Putsches völlig verortet und niedergeschlagen war. Hier schaltete das Gericht die Mittagspause ein.

Woraus sich mit folgerichtiger Notwendigkeit ergibt, daß ein Verteidiger, der Rosenberg verteidigt, über Philosophie sprechen muß, und das Mikrophon, das vor ihm steht, die Aufgabe hat, seine Ausführungen Wort für Wort der Umwelt kundzutun.

Man merkte sich: Wort für Wort. Denn dies ist für das Verständnis des Besonderen, das Dr. Thoma Verteidiger des Rosenbergschen Philosophie unerwartet farbig verbrämte, unbedeutend. Dr. Thoma also sprach über den „Mythos des 20. Jahrhunderts“. Gott, wenn man es genau nimmt, war beim besten Willen nichts Geschwätches darüber zu sagen, als das, was Dr. Thoma sagte. Gelesen hatte er den „Mythos“ wohl nur aus Pflichtbewußtsein. Das war sicherlich schon schwierig genug. Dann hatte er sich seine auf die Verteidigung Rosenbergs abzielenden Gedanken darüber gemacht. Das mag schon schwieriger gewesen sein, denn schließlich — Nun, vielleicht kann sie jemand, der den „Mythos“ gelesen hat. Lassen Sie sich von ihm erzählen, wie schwer es sein mag, nach der Lektüre des „Mythos“ überhaupt einen Gedanken zu fassen.

Minute für Minute, Stunde um Stunde kreuzte Dr. Thoma bedächtig, nutzlos und mit ansehnlicher juristischer Technik durch das uferlose Meer der

Dr. Köhler zum Nürnberger Urteil

Fortsetzung von Seite 1

Auf einer Tagung der CDU machte Landespräsident Dr. Köhler u. a. folgende Ausführungen:

„Das Schuldige wurde in seiner Härte überall als gerecht empfunden und anerkannt. Weniger Verständnis finden schon Milderungen, wie sie z. B. dem ehemaligen Jugendführer v. Schirach gegenüber zum Ausdruck kommen. Unter Schirachs Leitung erfolgte die systematische Verfolgung der deutschen Jugend, die noch in Jahrzehnten nachwirken wird und ein schweres politisches wie weltanschauliches Problem darstellt. Hunderttausende der verführten jungen Männer liegen jetzt beschäftigungslos auf der Straße und müssen die Urteile der Spruchkammer abwarten, die sie in die neue Gemeinschaft einbeziehen werden können — alles Opfer der Feindschaft von Papens und Schirachs, die ich vollends bei meiner Rundfrage für die Freisprüche gefunden, insbesondere auch bei den Stillen und Nachdenklichen im Lande. Daß die Freisprüche keine Kriegsverbrechen seien, will dem Mann von der Straße nicht in den Kopf. Besonders der Feinspruch von Papens wird allgemein abgelehnt. Denn er ist doch eigentlich 1932 der Wechreiter Hitlers gewesen, er hat ihn schließlich bei Hindenburg „hoffähig“ gemacht und ihn mit dem Großkanzler usw. verbunden.“

Im Juni 1932 hat ihn der damalige Führer seiner Partei bereits mit „Ephialtes“, dem klassischen Vertreter gemäßigten Vorgesetzten verkleidet und ihm dieses Wort im Gesicht geschleudert. Und Papen hat sich wahrhaftig bemüht, sich diese Charakterisierung erkaufen zu erwerben. Für das deutsche Volk ist er zum Typ des Verräters geworden. Und deshalb die leidenschaftliche Ablehnung gerade seines Feinspruchs. Der Mann aus dem Volk denkt unkompliziert. Für ihn ist Papen einer der größten Kriegsverbrecher und deshalb verurteilt er das Urteil nicht. Er wird zu sagen sein, daß die deutschen Gerichte die Schuldigen, so hoffen und verlangen wir, schnell und streng zur Rechenschaft ziehen werden wegen der Verbrechen, die sie außerhalb des Rahmens des Nürnberger Status am deutschen Volk begangen haben. Dies gilt nicht nur für Papen, sondern auch für den verlogenen, salbungsvollen Schwärzer Fritzsche und andere.“

Zu Schluß Redner auf die unsinnigen Gerichte ein, daß der Papst sich für die Freisprüche von Papens verwandt habe. Diese Unterstellungen als eine Verleumdung sowohl der Richter des Internationalen Militärgerichts als auch des Papstes auf Eizernische zurückweisend.

Landesversammlung Württemberg-Baden gegen Freisprechung

Stuttgart, 7. Okt. (dona) Der Ständige Ausschuss der Verfassungsgebenden Landesversammlung für Württemberg-Baden hat am Samstag in der Sitzung der Presseöffentlichkeit gegenüber der Richtlinie Nr. 2 der Freisprüche v. Papens, Schirachs und Fritsches Ausdruck. Er nimmt als selbstverständlich an, daß sofort die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden, um diese Personen wegen ihrer Verbrechen am deutschen Volk zur Verantwortung zu ziehen.

General McClure veröffentlicht neue Richtlinien für das Nachrichtenwesen

Berlin, 7. Okt. (dona) Die Veröffentlichung jeder Art durch Presse und Rundfunk, sofern es sich nicht um Nazi- oder militärische Propaganda, Angriffe gegen die Militärregierung oder um Nachrichten handelt, die dahinsühren, die Einzigkeit unter den Besatzungsmächten zu untergraben, ist durch eine Anweisung der amerikanischen Informationskontrolle in Nachrichtenwesen freigegeben worden. Ferner können Presse und Rundfunk von nun an nichtdeutsche Zeitungen, Zeitschriften und Radiostationen unter Beachtung des Urheberrechts zitieren.

Die Erklärung McClures
General McClure erklärte anläßlich der Bekanntmachung der neuen Anweisungen, daß sie einen bedeutenden Fortschritt in der Schaffung der Pressefreiheit gegenüber der Richtlinie Nr. 2 bedeute, in der die Veröffentlichung von Material verboten war, das dem Interesse der Militärregierung oder einer der Ver. Nationen zuwiderlaufe. Nach den neuen Richtlinien darf die deutsche Presse Nachrichten und Tatsachenberichte über Weltereignisse genau so frei wie die Presse anderer Nationen bringen. Das Verbot der Veröffentlichung von nazistischer und militaristischer Propaganda und gehässig gefärbter Artikel schließt nicht die Veröffentlichung von Nachrichten, die auf Tatsachen beruhen, aus.

Die offene und freie Diskussion über deutsche politische Vorfälle und Persönlichkeiten in der deutschen Presse wird erlaubt und gefördert werden. Zuzulässig und erwünscht sind in der deutschen Presse objektive Kommentare und kritische Diskussionen über deutsche Angelegenheiten, ebenso wie die Veröffentlichung von objektiven und fairen Berichten über Weltereignisse einschl. informativer Artikel von der ausländischen Presse.

Gleichzeitig stellt McClure fest, daß tendenziöse Überschriften, Nachrichten, die nur die Hälfte der Tatsachen bringen und die andere Hälfte unterdrücken, oder die Unterlassung einer schärferen Kennzeichnung von objektiver Nachricht und Kommentar sehr wohl einen gehässig gefärbten Artikel ausmachen.

Der dana-Bericht, der nie geschrieben wurde

daia v di ah r
to trial desk, bad naheim
from czapski
r reas
ht — Hitler-Verhör
Nürnberg, Sept. 13/1330 — (dona) Sonderberichtstraterrin Busanck hat als Mitglied der Partei und habe erst hier von der Verfolgung der Juden erfahren“, erklärte der in der Dienstagsmorgensitzung des internationalen Militärtribunals als Zeuge aufgetretene, ehemalige Reichskanzler des „dritten Reiches“ Adolf Hitler.

Die Einnahme Hitlers war ein dramatischer Höhepunkt des Prozesses. Bei Beginn der heutigen Verhandlung beantragte Dr. Alfred Seidl, der Verteidiger des Angeklagten Heß, einen weiteren Entlassungszeugen für seinen Mandanten vorladen zu dürfen. Nach kurzer Beratung gab das Tribunal dem Antrag Dr. Seidls statt und der Zeuge Hitler, in einem hellen Trencotto gekleidet, betrat den Zeuchstand.

Auf Befragen des Verteidigers erklärte Hitler, daß er stets „innere Bedenken“ gehabt habe, sich zum Führer des Deutschen Reiches zu machen. „Ich sei jedoch, sagte Hitler, von der Vorstandschaft gezwungen worden. Er habe mehrfach versucht, zurückzutreten, habe sich damit jedoch nicht durchsetzen können. Tatsächlich, fuhr der Zeuge fort, habe er seine Resignation nicht ausgesprochen, sondern sei lediglich ein Werkzeug Hitlers gewesen, dessen „Kommandobefehl“, der „Nacht- und Nebelerlaß“, sowie andere „Führererlasse“ seien eigentlich von Martin Bormann verfaßt worden.

Der Zeuge gab weiter an, die Anführung Deutschlands sei ohne sein Wissen auf Grund dunkler Machenschaften des englischen Geheimdienstes betrieben worden. Auch von dem Raub europäischer Kunstschätze habe er nie etwas erfahren. Wehl habe ich zu verschiedenen Gelegenheiten Kunstschätze als Geschenk erhalten“, behauptete Hitler. „Ich war jedoch stets der Ansicht, es handle sich um Imitationen und habe außerdem den vollen Gegenwert der mir übergebenen Kunstschätze auf einem geheimen Bankkonto in einer zehneben Bank unter dem Namen „Eva“ deponiert.“

Im Kreuzverhör durch den Sowjetkanzler General Roman Rudenko erklärte Hitler, er habe von der Existenz der Konzentrationslager bis zu seinem Eintreffen in Nürnberg nicht gewußt. Rudenko: „War Ihnen das Anwesenheitsprogramm gegen die Juden nicht bekannt?“ Hitler: „Nein. Ich habe erst gegen Ende des Krieges durch einen Zufall von einigen Übergriffen erfahren und habe sofort dem Angeklagten Hermann Göring, der für die Errichtung der KZ's verantwortlich ist, zum Tode verurteilt.“ Rudenko: „Haben Sie niemals von der Existenz der Konzentrationslager gehört?“ Hitler: „Mir war nur das Lager Dachau bekannt, von dem mir der Angeklagte Kaltenbrunner einmal erzählte, es handle sich da um ein Altersheim für pensionierte israelitische Bundespräsidenten. Allerdings habe ich auf Grund verschiedener Nachrichten in der New Yorker jüdischen Zeitung „Vorwärts“ die Befürchtung gehabt, es käme vereinzelt zu spontanen antisemitischen Ausschreitungen im deutschen Volk. Ich schau daher die Gestapo. Diese hat in erbittertem Kampf gegen Wehrmacht und SS einen Teil der jüdischen Bevölkerung retten können.“ Rudenko: „Haben Sie, Herr Zeuge, zur Rettung von Juden beigetragen?“ Hitler: „Selbstverständlich, auf Grund meiner Bemühungen sind seit der Machtergreifung mindestens zweimal hunderttausend Juden nach Amerika, Australien, Palästina und anderen Ländern ausgewandert.“ Ueber weitere Befragungen des sowjetischen Anklägers wiederholte Hitler, daß er seine Bedenken gegen die Politik der Partei nie offen äußern konnte, da er sonst mit dem Verlust seiner Stellung hätte rechnen müssen. Rudenko: „Waren Sie Mitglied der Partei seit?“ Hitler (erregt): „Ich hatte nur die Parteinummer sieben, ich war damals gezwungen worden der Partei beizutreten.“ Rudenko: „Ich habe hier ein in den Archiven der Reichsregierung vorhandenes Protokoll über eine Sitzung unter Ihrer Leitung vom 12. Juli.“ (Hier wird der Zeuge Hitler sichtlich nervös und kaut heftig an einem Stück Tensch, das ihm anstelle des sonst üblichen Glases Wasser in den Zeuchstand gegeben wurde.) Hitler: „Ich muß dem hohen Gericht ein Geständnis machen. Ich habe Anfang der letzten Grundbewegung in die Partei eingetreten, um sie von innen zu unterthöhlen. Ich habe heimlich stets

Das freie Wort

Herr Franz Zilly, Söllingen, schreibt zu dem Erklärungsbericht der SPD Söllingen Nr. 90 u. a. „Wer meine Antwort in Nr. 80 der „B.N.N.“ vom 12. 9. 1946 gelesen hat, und sich noch ein Gefallen an der Wahrheit, Anstand und Recht bewahrt hat, wird Zeit seines Lebens nicht damit zufrieden sein, wenn er sich nicht heute noch etwas hinzufügen kann.“

Am 10. 9. 1946 brachten die „B.N.N.“ das erste Mal „Den unmöglichen Bürgermeister“. (Zusätzlich der SPD. Die Schriftleitung.) Ich hatte meine Rücktritt aber schon 4 Wochen vorher dem Landratsamt angeboten und begründet. Der Landrat forderte nun, daß der Gemeinderat durch eine schriftliche Einverständniserklärung mit meinem Rücktritt bestätigte. Aber siehe da, nicht ein Gemeinderat unterzeichnet, auch nicht der Artikeldirektor. Ich stimme etwas nicht, denn ich habe mich seitdem nicht gewandelt. Wenn ich nun nicht hin, warum hat man die Gelegenheit nicht benützt, mich ein so einfache und annehme Art los zu werden? Wenn die Behauptung vom unmöglichen Bürgermeister ernst gemeint ist, warum hat man mich nicht unterzeichnet? Man will mir die Freisprüche Wahlen einbringen, man will mir die CDU Freisprüche als ihren Bürgermeister. Er geht in die Opposition viel besser, alle Schuld und Mißfolge der anderen in die Schuhe zu schieben. Andere Organe haben auch ihre Schwierigkeiten, aber sie werden nicht in die Kritik gezogen. Oh CDU, SPD, alle halten ihre Heimatort in Ehren und bringen ihn nicht nach außen hin in Mißkredit. Einem Gegner, der sachlich und zitterlich seine Meinungen vertritt, hätte ich Achtung entgegenbringen können und mit ihm gearbeitet. Ich hätte mich nicht in die Kritik ziehen lassen, sondern ich hätte schreiben und Opposition um jeden Preis treiben, ich nicht mehr arbeiten und trete zurück. Vielleicht würde dann besser, Flüchtlinge bekommen wir in jetzt nur noch 20 Personen. Die Hausarbeit ist in dieser Zeit zu tun. Ich habe keine Zeit, um in diesen Artikel mich zu beteiligen. Mein Freund kann mich und die anderen können die Artikel nach ihrem Gehalt beurteilen.“

Stimme der Parteien

Am Ziel vorbeigeschossen
Die Christlich-Demokratische Union hat von Anfang an zu verstehen gegeben, daß sie angesichts der außerordentlichen Not unseres Volkes gewillt ist, das Trennende zurückzustellen und mit den Vertretern anderer politischer Richtungen praktisch zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeiten bisher nicht immer leicht, zumal da und dort Radikaleinsätze weit über ihre tatsächliche Stärke und Leistungsfähigkeit hinaus ihren Einfluß auf die CDU zu bringen suchten. Der Will zu verständnisvollen Zusammenarbeiten und die gebotene Rücksichtnahme auf unsere Lage können die CDU aber nicht davon abhalten, gelegentlich klipp und klar herauszustellen, was die CDU von anderen Parteien in dieser Hinsicht unterscheidet. Die einzelnen Welt- und Lebensanschauungen sind der noch nicht ausgeräumt. Dies haben die Verfassungskonferenzen in Stuttgart erneut gezeigt. Besonderer Schärfe vertreten worden.

Der SPD Karlsruhe will es nun nicht gefallen, daß unseres gegenüber der SPD nun nicht finden, daß die „notwendigen Klarstellungen“ in der Verlautbarung vom 24. 9. 1946 in Nr. 85 der B.N.N. in besonders glücklicher und zutreffender Weise erfolgt ist. Mit den dort vorgetragenen Argumenten wird wesentlich am Ziel vorbeigeschossen. Vor allem werden die Feststellungen des Abg. A. Kühn in keiner Weise widerlegt.

Abg. Kühn schreibt uns dazu: „Auf Grund meiner persönlichen Erfahrungen und Wahrnehmungen kann ich nicht von meinen Außenberatern zurücknehmen. Ich war früher mehrere Perioden hindurch Stadtrat und Landtagsabgeordneter in Karlsruhe und habe dort meine Erfahrungen gesammelt. Es gab auch damals Auseinandersetzungen mit der SPD in kulturpolitischen Fragen. Es überstand die verschiedenen Auffassungen über kirchliche Angelegenheiten, aber meistens wurden diese Dinge damals in Baden weit weniger radikal und ablehnend behandelt, als dies heute in Stuttgart, vor allem im Verfassungsausschuß, der Fall war. Woran das liegen mag? Es würde hier zu weit führen, auf Einzelheiten einzugehen. Wir behalten uns vor, zu gegebener Zeit hier und an anderen Stellen ausführlicher auf die Haltung der SPD bei den Verfassungskonferenzen zurückzukommen. Material steht dafür reichlich zur Verfügung. Auch sonst wird es vom Inhalt der „notwendigen Klarstellungen“ von der CDU noch manches zu sagen sein, besonders auch in Versammlungen.“ Christlich-Demokratische Union.

